

Bericht 2. Quartal 2014

In der als Anlage beigelegten Tabelle werden die ursprüngliche Planung für das aktuelle Jahr, die Ergebnisse des Vorjahres, die Quartalergebnisse, die Prognose bis zum Jahresende und in der Spalte Erläuterung eine kurze Erklärung zur Abweichung der Prognose vom Erfolgsplan genannt.

Pflegesatzerlöse:

Die Auslastung aller Gruppen; mit Ausnahme der Inobhutnahme-Gruppen, lag im ersten Halbjahr im Durchschnitt bei 92,87% und damit unter dem Planwert für 2014. Dabei war die Auslastung im zweiten Quartal schlechter als im ersten Quartal. Der Trend setzt sich im dritten Quartal fort.

Gegen diesen negativen Trend liegen sowohl die Auslastung der Kinderwohngruppen als auch die der Mutter Kind-Gruppen deutlich über den Planwerten. So konnte die schlechte Auslastung der anderen Angebote teilweise kompensiert werden.

In den Mutter Kind-Gruppen werden mehrere Mütter im Sommer entlassen. Schwangere werden, i.d.R. maximal sechs Wochen vor der Entbindung aufgenommen. Daher können die frei werdenden Plätze nicht immer zeitnah wieder belegt werden, was in 2014 konkret dazu führt, dass im Sommer mehrere Plätze in den Mutter Kind Gruppen frei sind und die sehr gute Auslastung des Angebots im ersten Halbjahr 2014 nicht weiter anhält.

Jede Mutter-Kind-Gruppe verfügt über je 7 Plätze für die Mütter und Kinder. Ein freier Platz in einer Mutter-Kind-Gruppe hat daher prozentual größere Auswirkungen als ein freier Platz in den Regelwohngruppen, die 9 bis 10 Plätze anbieten.

Die durchschnittliche Auslastung der drei Jugendwohngruppen und der Mädchenwohngruppe lag 7,1 % unter der verhandelten Auslastung. Die Auslastung war im zweiten Quartal mit knapp 85% schlechter als im ersten Quartal mit rund 89 %. Verhandelt wurden 94 %. Es liegen wenig Aufnahmeanfragen vor.

Die Tagesgruppe war im ersten Halbjahr mit durchschnittlich 73,75 % (im Vorjahr für den gleichen Zeitraum 91,2%) ebenfalls schlechter belegt als mit dem Jugendamt vereinbart wurde. Mit Ausnahme des Monats Mai, in dem die Belegung besser war, waren von zehn Plätzen nur sieben belegt. Die verhandelte Mindestauslastung von 93% wurde nur im Jahr 2012 erreicht. Es liegen kaum Aufnahmeanfragen vor, so dass freie Plätze nicht wieder belegt werden können.

Eine Änderung des Angebots ist notwendig. Dazu gibt es betriebsintern mehrere Vorschläge. KIJU ist diesbezüglich seit einiger Zeit im Gespräch mit dem Jugendamt. Angebotsveränderungen müssen vorher mit dem Jugendamt abgestimmt werden. Dies gilt sowohl für die Jugendwohngruppen als auch für das teilstationäre Angebot der Tagesgruppe.

Im ersten Halbjahr lag die Auslastung der Kindernotaufnahme bei durchschnittlich 85,4%. Insbesondere seit Juni ist die Belegung sehr schlecht. Im Juni lag die Belegung bei nur 67 %. (Im Juli mit knapp 50% sogar noch darunter).

Die beiden Kindernotaufnahmen sind Inobhutnahmegruppen, die dazu dienen schnell Kinder aufnehmen zu können. Daher liegt die verhandelte Auslastung von 85% immer unter der Auslastung der Regelwohngruppen (Vorgabe im Rahmenvertrag: mindestens 93%).

Die Belegung der Inobhutnahme lässt sich von KIJU nicht beeinflussen. KIJU ist die einzige Einrichtung, die in Wuppertal Kinder unter 14 Jahre Inobhut nehmen darf. Es handelt sich um eine hoheitliche Aufgabe. Andere Einrichtungen in Wuppertal dürfen vom Jugendamt nur dann mit Inobhutnahmen belegt werden, wenn es keine freien Plätze in den Kindernotaufnahmen gibt. Der starke Rückgang der Belegung in den Kindernotaufnahmen lässt sich für KIJU nicht erklären. Möglicherweise ist es ein kurzfristiges Phänomen. Dies muss mit dem örtlichen Jugendamt besprochen werden.

Im Erfolgsplan war eine Erhöhung von 1,5 % des Anteils der Personalkosten in den Entgelten einkalkuliert. Tatsächlich lag die Tarifierhöhung sogar bei 3%, rückwirkend zum 01.03.2014. Neben den oben erwähnten Angebotsveränderungen sollten die Entgelte auch aufgrund der Tarifierhöhung neu verhandelt werden.

Gespräche mit dem Jugendamt finden dazu bereits seit dem 4. Quartal 2013 statt. Bisher gibt es noch keine konkreten Ergebnisse. Daher basiert die Prognose für die Entgelterlöse auf den bisher gültigen Entgelten ohne weitere Erhöhungen. Sollten die Entgelte, wie vom Jugendamt mündlich zugesagt, zumindest rückwirkend zum 01.04.2014 angepasst werden, verbessern sich die Entgelterlöse und damit auch das Betriebsergebnis.

Die schlechten Auslastungswerte der Jugendwohngruppen und der Tagesgruppe konnten durch die gute Auslastungen in den Kinderwohngruppen nicht kompensiert werden.

Derzeit wird mit 175.000€ weniger Entgelterlösen gerechnet als geplant.

Sonstige Erträge und Zinsen:

Mit Ausnahme von nicht geplanten Erstattungen von Versicherungen für entstandene Schäden (Sturm und Fahrzeugschäden), gibt es im Bereich der Sonstigen Erträge und der Zinsen voraussichtlich keine wesentlichen Abweichungen von den Planwerten.

Personalaufwand:

Im Wirtschaftsplan wurden die Tarifierhöhungen zum 01.03.2014 um 1,5 % eingeplant. Tatsächlich wurden die Gehälter um 3 % erhöht.

Die Altersteilzeitumlage wird KIJU immer am Ende des Jahres durch das Personalressort der Stadt mitgeteilt. Die Steigerung der angeforderten Umlage für

2012 auf 2013 war ungewöhnlich hoch. Da der Erfolgsplan für 2014 zum Zeitpunkt der Mitteilung über die Höhe der Altersteilzeitumlage 2013 bereits erstellt war, ist der hier veranschlagte Betrag voraussichtlich zu gering. Die Prognose für 2014 wurde entsprechend angepasst.

Die prognostizierten Personalkosten betragen 4,64 Millionen Euro. Damit werden über 100.000 € höhere Personalkosten prognostiziert.

Sachaufwendungen:

Die Instandhaltungsaufwendungen werden den Planwert übersteigen. Durch das Dach in der Edith-Stein-Str. ist Wasser eingedrungen. Der Dachstuhl wies einen Pilzbefall auf, so dass das Dach in diesem Bereich komplett erneuert werden muss.

Im größten Objekt, Am Jagdhaus, wurde festgestellt, dass Arbeiten am Leitungssystem der Heizung zwingend erforderlich sind. Fachleute vom Gebäudemanagement sind involviert. Ein Gutachten zu dieser Problematik wurde erstellt. Es ist mit zusätzlichen Aufwendungen für Instandhaltung von etwa 95.000€ zu rechnen.

Um den hohen Instandhaltungsaufwendungen zumindest entgegen zu wirken wurden alle noch nicht begonnenen, geplanten und nicht zwingend in 2014 abzuwickelnden Maßnahmen gestoppt. Der größte Teil dieser Maßnahmen muss jedoch in 2015 umgesetzt werden.

Für 2014 war der Austausch der ölbetriebenen Heizung durch ein Blockheizkraftwerk vorgesehen. Dazu sollte das BHKW über einen Contractor finanziert werden. Dabei sollten jährlich rund 20.000€ geringere Energiekosten anfallen. Bisher konnte noch nicht mit dem Austausch der Anlage begonnen werden, so dass die Einsparung der Energiekosten in 2014 nicht erzielt werden kann. Entsprechend höhere Kosten werden prognostiziert.

Geringere Aufwendungen werden für 2014 in allen belegungsabhängigen Bereichen wie Lebensmittel und Betreuungsaufwand, aufgrund der schlechteren Auslastung, prognostiziert.

Durch die in 2014 vereinbarte Kooperation mit dem Gebäudemanagement werden die Aufwendungen für städtische Dienstleistungen höher sein als geplant.

Abschreibungen:

Für die Prognose wird zunächst von den ursprünglichen Planwerten ausgegangen.

Zinsen:

Neben den Darlehenszinsen, die entsprechend der Tilgungspläne gezahlt werden, ist im Zinsaufwand die Verzinsung der Vorjahresverpflichtung (Pensionsrückstellung) in Höhe von T€ 28,2 enthalten.

Zusammenfassung:

Zum Jahresende wird nach jetzigem Stand von einem Verlust in Höhe von rund T€ 370 ausgegangen. Im Wesentlichen liegt dies an der Auslastungs- und Entgeltsituation sowie an der Tarifierhöhung und den unvorhergesehenen Schäden an den Gebäuden.

Der Betrieb bemüht sich weitere Maßnahmen zu entwickeln und zu veranlassen, um das Betriebsergebnis zu verbessern. Der städtische Haushalt würde bei einem negativen Betriebsergebnis nicht belastet, sofern der Verlust mit den Gewinnvorträgen aus Vorjahren verrechnet würde.

Die Liquidität des Betriebes ist gut.